



An  
Kreisverband Bündnis 90 / Die Grünen

VS, 11.11.2023

### **Einladung zum Diskussionsabend Rechtsanspruch an Grundschulen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Vorsitzender des Gesamtelternbeirates-Schulen-VS habe ich Ihre Einladung erhalten und werde sie im Rahmen meiner Tätigkeit an die Eltern in Villingen-Schwenningen verteilen.

Als Vorsitzender des Gesamtelternbeirates kann ich aber aus verschiedenen Gründen nicht teilnehmen.

Zum einen habe ich am selben Abend zu einer Sitzung des Gesamtelternbeirates-Schulen-VS eingeladen. Dies betrifft nicht nur die gewählten Elternbeiräte, sondern auch den Schulträger und die untere Schulaufsicht. Eine Terminänderung ist in der Kürze der Zeit nicht möglich.

Ein weiterer Grund ist, dass ich als Vorsitzender des Gesamtelternbeirates-Villingen-VS mit Ihrer Schul- und Bildungspolitik im Land Baden-Württemberg nicht einverstanden bin und wir hier viel größere Probleme haben!

In Villingen-Schwenningen fehlen Lehrkräfte. Schulen im gesamten Bildungsbereich unsere Stadt sind unterbesetzt und arbeiten an der Grenze des Möglichen. Schule ist nur möglich, wenn Nebenfächer entfallen und Lehrkräfte auch zur Mitversorgung einer anderen Klasse eingesetzt werden. Dies ist keine Bildung die ich an einer staatlichen Schule in unserem Land erwarte!

Der nächste Punkt ist Ihr Vorstoß im Landtag Baden-Württemberg mit der vorgeschlagenen Änderung in Paragraf 4a des Schulgesetzes. Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion der CDU als Koalitionspartner planen die Ausgrenzung der Eltern aus schulinternen Prozessen bei der Einführung von Ganztageschulen. Die Schulkonferenz nur anzuhören und nicht mehr mitbestimmen zu lassen, ist aus meiner Sicht ein Angriff auf unsere Landesverfassung, wo den Eltern ein Mitbestimmungsrecht bei der Bildung Ihrer Kinder zugesprochen wird. Was bringt ein Diskussionsabend, wenn Ihre Fraktion rechtliche Grundlagen eigenständig auf den Weg bringen wil und selbst Anregungen des Landeselternbeirat nicht ernst nimmt bzw. einfließen lässt?

Natürlich ist eine Vorausplanung des Ganztagsanspruchs, wie er vom Bund vorgegeben wird, wichtig und sicherlich notwendig, aber die gegenwärtigen Probleme (auch im bestehenden Ganztagesangebot) bei uns in der Stadt und vermutlich im gesamten Schwarzwald-Baar-Kreis sind viel größer und benötigen ein sofortiges Einschreiten! Wenn

selbst FSJ-Kräfte zur Betreuung eingesetzt werden, ist der Zusammenhang zwischen Bildung und Ganztagesunterricht momentan nicht zu erkennen.

Da der Ganztagesanspruch auf das ganze Land umzusetzen ist, sollten Sie zuerst auch die Informationen und Ratschläge des höchsten Elternremiums, des Landeselternbeirates in Ihre Arbeit einfließen lassen. Aber auch da sehe ich momentan kein Konsens zwischen Ihrer Politik und der Arbeit des Landeselternbeirates.

Als Vorsitzender des Gesamtelternbeirates möchte ich einen Diskussionsabend zum Thema Bildung an Schulen im Schwarzwald-Baar-Kreis durchführen, um genau die bestehenden Probleme unserer Region anzusprechen.

Einladen würde ich meinen Gesamtelternbeirat sowie die Gesamtelternbeiräte der umliegenden Städte, das Staatliche Schulamt und die Landtagsabgeordneten unserer Region unabhängig Ihrer Fraktion.

Ich würde mich freuen, von Ihnen in diesem Punkt Terminvorschläge zu bekommen. Gut wäre es, wenn Sie unsere Kultusministerin, Frau Schopper, einbeziehen würden.

Nur wenn wir die gegenwärtigen Probleme in den Griff bekommen ist ein Planen der Zukunft überhaupt möglich.

Mit freundlichen Grüßen

Tino Berthold

Vors. des GEB-Schulen-VS